

Potsdam, 29. Januar 2026

*Pressemitteilung der Kontaktstelle der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Brandenburg (KIKO) und des Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V. (FPR) zum Jahrestag des Inkrafttretens der Istanbul-Konvention*

„Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – Gleichstellung voranbringen, Gewaltschutz sichern“ Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg und die KIKO Brandenburg fordern nachhaltiges Vorgehen gegen häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt

Anlässlich des Jahrestages des Inkrafttretens der Istanbul-Konvention am 1. Februar erinnern die Kontaktstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (KIKO Brandenburg) und der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg (FPR) an die menschenrechtliche Verpflichtung des Landes zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

Trotz wichtiger Fortschritte besteht in Brandenburg weiterhin erheblicher Handlungsbedarf. Schutz- und Unterstützungsangebote – insbesondere Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und Präventionsprojekte – sind vielerorts nicht bedarfsgerecht ausgestattet. Auch der Ausbau barrierefreier, wohnortnaher und spezialisierter Angebote sowie eine verlässliche, langfristige Finanzierung bleiben zentrale Herausforderungen.

KIKO Brandenburg und der Frauenpolitische Rat fordern die Landesregierung daher auf, die Umsetzung der Istanbul-Konvention weiterhin mit Nachdruck voranzutreiben, ressortübergreifend zu verankern und mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen zu unterlegen. Dazu gehören eine wirksame Gleichstellungspolitik, der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sowie die konsequente Einbindung kommunaler Strukturen und der Zivilgesellschaft.

„Ein Leben frei von Gewalt ist ein Menschenrecht. Es muss Leitlinie und Ziel jeder Regierung in Brandenburg sein“,

erklären KIKO Brandenburg und der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg abschließend.

„Der Jahrestag des Inkrafttretens der Istanbul-Konvention ist Mahnung und Auftrag zugleich, dieses Recht für alle Frauen und Mädchen im Land Realität werden zu lassen.“

Für weitere Informationen oder Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an:

Kontaktstelle der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Brandenburg (KIKO)

Alter Markt 6 | 14467 Potsdam

Alina Robben, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

kontakt@kiko-brandenburg.de

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V. (FPR),

Alter Markt 6 | 14467 Potsdam

Klara Moschütz, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und feministische Kultur

kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Über die Istanbul-Konvention

Ein wichtiges Instrument im Kampf gegen geschlechtsspezifische, häusliche und partnerschaftliche Gewalt ist die Istanbul-Konvention. Dieses Menschenrechtsabkommen erklärt die Gewalt zur Menschenrechtsverletzung und wurde nach dem Ort der ersten Unterzeichnung (Istanbul) benannt und trägt eigentlich den Titel „Europaratskonvention zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“. Enthalten sind Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen, und zum Schutz von Betroffenen geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt und deren Kindern, sowie zur Sanktion der Täter*innen. Seit 2018 ist die Konvention in Deutschland geltendes Recht. Damit sind Bund, Länder und Kommunen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt verpflichtet.

Über die KIKO Brandenburg

Die KIKO dient NGOs und der Trägerlandschaft im Land Brandenburg als Informations- und Vernetzungsstelle. Ziel ist der Aufbau und die Koordinierung eines interdisziplinären Netzwerkes, sowie Öffentlichkeitsarbeit zur Umsetzung der Vorgaben des "Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention)" im Land Brandenburg. Die KIKO Brandenburg ist ein Projekt des NbF e.V.

Über den Frauenpolitischen Rat

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. (FPR) ist ein Zusammenschluss von derzeit 23 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg. Wir sind partei- und konfessionsübergreifend und vertreten die Interessen von ca. 300.000 organisierten Frauen im Land. Gemeinsam setzen wir uns für politische Chancengleichheit und Gleichberechtigung der Geschlechter ein.